

Schwarz auf Weiss

aus Berlin

Sabine Weiss warum ✓

Liebe Leserinnen und Leser,

auch diese Sitzungswoche fand verkürzt und unter Einhaltung der 1,5-Meter-Abstandsregelung statt, viele Sitzungen erfolgten als Videokonferenzen. Ins Plenum gehen derzeit immer nur die Fachpolitiker/innen, deren Thema gerade debattiert wird. Ich habe die Sitzungen des Bundestages, wenn ich keinen Plenardienst auf der Regierungsbank hatte, am Fernseher verfolgt —so auch die eindrucksvolle Regierungserklärung der Kanzlerin am Donnerstag. Der außergewöhnliche Sitzungswochenablauf kommt einem nach den vielen Wochen im Corona-Krisen-Modus mittlerweile fast normal vor. Sicherlich geht es Ihnen an der einen oder anderen Stelle ähnlich, der Mensch ist halt ein Gewohnheitstier. Gleichwohl sehnen wir uns alle zutiefst danach, dass diese Zeit mit all ihren Beschränkungen zu Ende geht.

Allen Erkenntnissen nach wird es jedoch noch dauern bis wir zur „Normalität“ zurückkehren können, obwohl nun die ersten vorsichtigen Lockerungen in Kraft treten. „Wir werden noch lange mit diesem Virus leben müssen“, sagte die Kanzlerin im Plenum. „Lassen Sie uns das Erreichte nicht verspielen und einen Rückschlag riskieren!“ Das höchste Gebot der Stunde ist nach wie vor: Abstand — Hygienemaßnahmen — Alltagsmaske (AHA-Regel)! Der Gesundheitsschutz der Bevölkerung und insbesondere der Schutz der Risikogruppen genießt nach wie vor oberste Priorität. Gleichzeitig sehen wir auch die negativen Auswirkungen der Kontaktsperre auf Unternehmen, Arbeitnehmer, Familien, Schulen und Vereine. Um diese schwere Zeit zu überbrücken und Menschen und Unternehmen durch diese Krise zu helfen, hat der Bundestag diese Woche weitere Gesetze beraten:

Gutschein-Regelung, um der Kultur- und Sportszene zu helfen: Aufgrund der bestehenden Kontaktverbote mussten nahezu alle Veranstaltungen abgesagt und Freizeiteinrichtungen geschlossen werden. Vor diesem Hintergrund droht vielen der betroffenen Veranstalter das wirtschaftliche Aus und sie laufen Gefahr, in die Insolvenz gedrängt zu werden. Ein radikaler Kahlschlag in der Kultur- und Sportszene wäre die Folge. Mit dem „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Veranstaltungsvertragsrecht“ wird dies verhindert. Das Gesetz sieht insofern vor, dass die Veranstalter

die vor dem 8. März 2020 bezahlten Entgelte für abgesagte Musik-, Kultur-, Sport- und sonstige Freizeitveranstaltungen als Liquidität zur Begleichung ihrer laufenden Kosten behalten dürfen. Anstelle der Rückzahlung der Eintrittspreise und Beiträge können die Veranstalter den Kunden Wertgutscheine ausstellen, die die Kunden dann bis zum 31. Dezember 2021 bei dem jeweiligen Veranstalter einlösen können.

Anpassung des Elterngeldes: Eltern, die in systemrelevanten Branchen und Berufen arbeiten, können ihre Elterngeldmonate aufschieben.

Normalerweise wird das Einkommen aus den 14 Monaten vor der Geburt des Kindes für die Berechnung des Elterngeldes herangezogen. Nun sollen dabei jene Monate ausgeklammert werden, in denen Eltern wegen der Pandemie Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosengeld I beziehen.

Unterstützung für Studenten und Wissenschaftler: Diese sollen ihre Qualifizierung, zum Beispiel eine Promotion oder Habilitation, trotz der Beeinträchtigung der Hochschullandschaft durch das Corona-Virus weiterverfolgen können — denn die Höchstbefristungsdauer für Qualifizierungen wird pandemiebedingt um sechs Monate verlängert. Für Studierende und junge Menschen in schulischer Ausbildung, die sich in der Bekämpfung der Corona-Pandemie engagieren, kann der Hinzuverdienst aus allen systemrelevanten Branchen komplett von der Anrechnung auf das BAföG ausgenommen werden.

Dass die AfD zur Pandemie und ihren Herausforderungen nichts, aber auch gar nichts Vernünftiges oder gar Lösungsorientiertes zu sagen hat, hat Alexander Gauland im Plenum am Donnerstag eindrücklich zur Schau gestellt: Er möchte die Pandemie wieder in die Hände der Bürger legen — was auch immer das bedeuten mag, ob es nun keine Unterstützungsmaßnahmen geben soll oder alle Abstands- und Vorsichtsregelungen aufgehoben werden sollen. Seine Worte erschließen sich mir zumindest nicht. So ein Geschwafel ist nicht nur sinnlos, sondern in diesen Zeiten auch schwer erträglich.

Neben den in dieser Woche im Plenum beratenen Maßnahmen hat sich der Koalitionsausschuss in der Nacht zum Donnerstag auf ein weiteres

Ausgabe 52

24. 4.2020



Impressum

Sabine Weiss MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 / 227-77720

Fax: 030 / 227-76720

E-Mail:

sabine.weiss@bundestag.de

Internet: www.sabine-weiss.de

milliardenschweres Hilfspaket geeinigt, um die sozialen und wirtschaftlichen Härten abzufedern:

- Die **Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie** wird ab dem 1. Juli befristet bis zum 30. Juni 2021 auf den ermäßigten Satz von 7 % gesenkt.
- Das **Arbeitslosengeld I** wird für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und 31. Dezember 2020 enden würde.
- Das **Kurzarbeitergeld** wird erhöht: Für diejenigen, die Corona-Kurzarbeitergeld für ihre um mindestens 50 Prozent reduzierte Arbeitszeit beziehen, erhöht sich ab dem 4. Monat das Kurzarbeitergeld auf 70 Prozent (bzw. 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem 7. Monat auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent für Haushalte mit Kindern) des pauschalierten Netto-Entgelts. Diese Erhöhung ist befristet bis Ende 2020. Aktuell beträgt das Kurzarbeitergeld 60 Prozent (bzw. 67 Prozent für Haushalte mit Kindern).
- Die **Hinzuverdienstmöglichkeiten** werden beim Bezug von Kurzarbeitergeld nun für alle Berufe verlängert.
- Mit einem 500 Millionen schweren **Sofortausstattungsprogramm** unterstützt der Bund die Länder beim Ausbau des digitalen Unterrichts zu Hause. Bedürftige Schüler können mit einem einmaligen Zuschuss von 150 Euro zur Anschaffung entsprechender Endgeräte rechnen und Schulen können ihr online-Lehrangebot besser ausgestalten.

- Kleine und mittelständische Unternehmen sollen von weiteren steuerlichen Erleichterungen profitieren. Diese Unternehmen sollen ihre Verluste 2020 mit ihren bereits geleisteten Steuer-Vorauszahlungen 2019 verrechnen können.

- Belastungen für Beschäftigte und Unternehmen durch Gesetze und andere Regelungen sollen möglichst vermieden werden.

Diese nun beschlossenen neuen Maßnahmen sind ein weiterer Schritt, um den Rettungsschirm über dem Land und der Wirtschaft weiter zu festigen. Die große Koalition arbeitet hart daran, die Folgen dieser Pandemie für die Menschen abzumildern. Es zahlt sich jetzt in der Krise aus, dass wir die letzten Jahre so gut gewirtschaftet haben. Dies auch oft gegen den Widerstand der SPD, die die schwarze Null häufig in Frage gestellt hat. So können wir nun diese Hilfspakete in Milliardenhöhe schnüren.

Ich wünsche Ihnen auch weiterhin in dieser Zeit alles Gute, Geduld, Zuversicht, Hoffnung und vor allen Dingen Gesundheit.

Sabine Weiss

Kontaktsperrung in Seniorenheimen ist belastend

Sabine Weiss (CDU) im Gespräch mit Mitarbeitern der Caritas

Von „belastend“ bis „grauenvoll“, so beschrieben jetzt Mitarbeiter der Caritas ihren Arbeitsalltag während der Corona-Krise. Michael van Meerbeck, der Caritasdirektor für Wesel und Dinslaken, hatte die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Sabine Weiss eingeladen, damit sie sich ein Bild von der derzeitigen Situation in den Senioreneinrichtungen macht. Auf dem weiten Hof des Caritas-Geländes in Friedrichsfeld nahmen die Gesprächsteilnehmer - Corona macht's nötig - mit reichlich Abstand voneinander Platz. Der freundschaftlichen Atmosphäre schadete das nicht. Mit eindringlichen Worten beschrieben die Mitarbeiter Sabine Weiss, was sich für die Bewohner der Einrichtungen durch die Kontaktsperrung geändert hat, welche Folgen die Sperre hat und noch haben könnte und wie sie, die die Verantwortung für Gesundheit und Wohlergehen der ihnen anvertrauten Senioren tragen, damit umgehen. Was tun mit einem demenzenden Bewohner, der nicht versteht, dass er sein Zimmer nicht verlassen darf. Wie tröste ich eine Seniorin, die seit Wochen ihre Enkel nicht mehr in die Arme schließen kann? Wie verhindert man, dass auf die soziale Isolation die innere Isolation folgt? Auch andere Fragen wurden erörtert, denn über freiheitsentziehende Maßnahmen beispielweise, darf in einem Rechtsstaat nur ein Richter entscheiden.

Einigkeit herrschte letztlich allseits darüber, dass die Situation nicht bleiben kann, wie sie ist. Es müssen trotz Corona Möglichkeiten zu Kontakt und Gespräch zwischen den Bewohnern und Verwandten, Familie und Freunden geschaffen

werden. Sabine Weiss hörte aufmerksam zu und machte sich Notizen. Sie versprach die Anliegen der Caritas-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter an verantwortlichen Stellen zur Sprache zu bringen und sich für Verbesserungen einzusetzen. „In ein paar Wochen komme ich wieder und wir reden erneut. Dann hat sich die Situation hoffentlich schon entspannt“, versprach die CDU-Politikerin. Van Meerbeck und seine Kollegen bedankten sich herzlich für den Besuch und die Möglichkeit, Sorgen und Nöte in einem persönlichen Gespräch darlegen zu können.



Bild: Im Gespräch mit den Mitarbeiter/innen der Caritas und Caritasdirektor van Meerbeck unter Einhaltung der Abstandsregelung.

Die Philippinen sind auch schwer von der Corona-Pandemie getroffen. Viele Menschen haben ihre Jobs verloren und nun kein Einkommen mehr. Mein Hilfsprojekt in Pangasinan leistet Hilfe und versorgt die Menschen, die nun auf der Suche nach Nahrung in das Dorf kommen, mit dem Nötigsten.

